

## Berlin arbeitet an Finanztransaktionssteuer Schäuble fordert konkrete Vorschläge

Beamte prüfen Machbarkeit – Konsens in Europa gesucht – SPD dringt auf zügige Umsetzung

**Börsen-Zeitung, 4.12.2010**  
wf Berlin – Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat seinen Beamten einen Auftrag gegeben, Möglichkeiten zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zu prüfen und einen konkreten Entwurf zu erarbeiten. Nach Informationen der Börsen-Zeitung sind politische Entscheidungen noch nicht gefällt. Die Arbeiten stecken noch in den Anfängen. Das Sparpaket der Bundesregierung enthält von 2012 an jährliche Einnahmen von 2 Mrd. Euro aus einer Finanztransaktionssteuer.

Schäuble verschafft sich mit diesem Schritt zugleich eine Argumentationsgrundlage in Europa, wo er Mehrheiten für eine solche Steuer sucht. Enge Zusammenarbeit gibt es dem Vernehmen nach mit den Beamten des französischen Finanzministeriums. Schäubles Amtskollegin Christine Lagarde hatte Ende März nach dem Besuch einer Kabinettsitzung in Berlin angekündigt, dass Paris zur Beteiligung des Finanzsektors an den Krisenkosten beides einführen wolle: eine Bankenabgabe und eine Finanztransaktionssteuer. Die Chancen, eine solche weitere Belastung für den Finanzsektor zu realisieren, steigen, je mehr Länder mitziehen.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hatte im Auftrag der führenden Industrie- und Schwellenländer (G 20) schon im Frühjahr verschiedene Varianten untersucht, von einer Finanztransaktionssteuer

allerdings abgeraten und eine Finanzaktivitätssteuer empfohlen. Beim G 20-Gipfel in Toronto im Sommer scheiterten Bemühungen, Konsens für die Einführung einer solchen Steuer zu finden. Schäuble lehnt einen nationalen Alleingang ab, sucht aber nach Einigung zu-

### Belastungen des Finanzsektors

- Finanztransaktionssteuer belastet die Marktteilnehmer. Bemessungsgrundlage ist der Wert der Transaktionen. Erfasst wird neben Aktien, Anleihen und Devisen der Handel mit sämtlichen Finanzinstrumenten.
- Finanzaktivitätssteuer besteuert die Aktivitäten von Finanzinstituten. Bemessungsgrundlage ist die Summe der Löhne und eine zusätzliche Gewinnbelastung.
- Bankenabgabe belegt bestimmte Bilanzpositionen mit einer Abgabe. Die Mittel fließen hierzulande in einen Sonderfonds zur Krisenvorsorge, können aber auch in den Staatsetat gehen.

nächst in der EU, und wenn nicht dort, so doch unter allen Euro-Ländern. Wenigstens Berlin, Paris und London müssten an einem Strang ziehen. Eine Finanzaktivitätssteuer lehnt Schäuble ab.

Auf Unterstützung seiner Pläne

kann der Minister indessen bei der Opposition bauen. „Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer ist ein zentrales Anliegen der SPD“, sagte deren Finanzexperte, Carsten Sieling, der Börsen-Zeitung. „Wir wollen nicht, dass die Kosten der Finanzkrise weiterhin von den Steuerzahlern bezahlt werden müssen.“ Es bleibe zu hoffen, dass die Arbeiten im Ministerium nicht nur ein „bloßes Ablenkungsmanöver“ seien.

Die Beamten des Ministeriums hätten bereits die Kreditwirtschaft sowie die Fonds- und Derivatebranche zur technischen Machbarkeit konsultiert, ist zu hören. Weitere Gespräche sind noch in diesem Jahr geplant. Unter Experten wird die praktische Umsetzung einer Finanztransaktionssteuer aber als problematisch eingestuft. Wettbewerbsverzerrungen und Ausweichreaktionen seien zu befürchten, wenn die Steuer nicht global etabliert werde und alle gehandelten Finanzprodukte einbeziehe – auch jenseits von Börsen. Bei einigen Instrumenten wie Derivaten wird jedoch heute ein Vielfaches des an Börsen umgeschlagenen Volumens außerbörslich gehandelt. Vor allem aber dürfte die Steuer überwältigt werden und damit nicht die Finanzbranche, sondern Investoren inklusive Kleinanleger belasten.